

Journalismus und Rassismus in einer postmigrantischen Gesellschaft

Diversität als Herausforderung an die Berichterstattung über die rechtsterroristischen Morde in Hanau

Tanja Thomas / Fabian Virchow / Gamze Uğur*

Die Berichterstattung der überregionalen Wochen- und Tagespresse (Die Zeit, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung) sowie der Lokalberichterstattung (Hanauer Anzeiger) über den rechtsterroristischen Anschlag in Hanau am 19.02.2020 ist Gegenstand des Beitrags. Die zentrale Frage lautet, inwiefern sich die Berichterstattung an der sozialen Realität der postmigrantischen Gesellschaft orientiert: Kriterien, die dafür an eine „diversitätsbewusste“ Berichterstattung angelegt werden, werden aus dem Forschungsstand zu Diversität im Journalismus einerseits und einer interdisziplinär fundierten Diskussion des Diversitätsbegriffs andererseits entwickelt. Befunde der wissenssoziologisch fundierten diskursanalytischen Untersuchung der Daten (675 Artikel im Erhebungszeitraum 19.02.2020 bis 29.02.2024) strukturieren wir in diesem Beitrag entlang folgender Fragen: Auf welche Weise(n) wird Rassismus aufgerufen und in seiner gesellschaftlichen und politischen Verankerung thematisiert? Gelingt eine anerkennende Repräsentation von Betroffenen ohne „Othering“ und Hierarchisierung? In welcher Weise gelingt ein „Geltendmachen pluraler Existenz“ in der Presseberichterstattung, indem Zugehörigkeit(en) zu einem „diversen Wir“ entworfen oder aber Exklusionen vorgenommen werden.

Schlüsselwörter: Rechtsterrorismus, rechte Gewalt, Berichterstattung, Diversität, Anerkennung, Repräsentation, Zugehörigkeit

Reporting Hanau

Journalism, Racism, and the Challenge of a Post-Migrant Society

This article examines how the far-right terrorist attack in Hanau on February 19, 2020, was covered by national weekly and daily newspapers (Die Zeit, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine Zeitung) as well as in local reporting (Hanauer Anzeiger). The central question is to what extent this media coverage reflects the social reality of a post-migrant society. Drawing on current research in journalism studies and interdisciplinary debates on diversity, the article develops criteria for a “diversity-conscious” approach to reporting. A discourse analysis, based on the Sociology of Knowledge Approach to Discourse (SKAD), was conducted on 675 articles published between February 19, 2020, and February 29, 2024. The findings are structured around the following questions: How is racism addressed, and to what extent is its social and political embeddedness discussed? Does the reporting succeed in providing an acknowledging, non-hierarchical representation of those affected without reproducing “othering”? And

* Prof. Dr. Tanja Thomas, Universität Tübingen, Institut für Medienwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen, Wilhelmstraße 50, 72074 Tübingen, Deutschland, tanja.thomas@uni-tuebinge.n.de, <https://orcid.org/0000-0002-7232-398X>;

Prof. Dr. Fabian Virchow, Hochschule Düsseldorf, Münsterstraße 156, 40476 Düsseldorf, Deutschland, fabian.virchow@hs-duesseldorf.de, <https://orcid.org/0000-0002-5995-5472>;

Gamze Uğur, Universität Tübingen, Institut für Medienwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen, Wilhelmstraße 50, 72074 Tübingen, Deutschland, gamze.ugur@student.uni-tuebingen.de, <https://orcid.org/0009-0001-9350-2047>.

finally, how does the press contribute to the “assertion of plural existence”—by constructing notions of belonging to a “diverse we” or, conversely, by reinforcing social exclusions?

Key words: *Right-Wing terrorism, right-wing violence, media coverage, diversity, representation, belonging, othering, recognition*

„Wir stehen an Ihrer Seite.
Dieses Land – *Ihr* Land – steht an Ihrer Seite.
Die Herzen unseres Landes sind Ihnen zugewandt.“
(Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 23.09.2020)

1. Rechtsterroristische und rassistische Gewalt: Ausgangspunkte für gesellschaftliche Selbstverständigungsprozesse

Neun Menschen wurden am 19. Februar 2020 aus rassistischen Motiven ermordet: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Violel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov. Der Anschlag reihte sich ein in eine lange Reihe rechtsterroristischer Gewalt im Nachkriegsdeutschland (Puls/Virchow 2023; Muschiol 2024). Diese Kontinuität wurde lange öffentlich kaum thematisiert, ist seither aber zunehmend unübersehbar: Bereits am 9. Oktober 2019, dem höchsten jüdischen Feiertag, hatte ein Rechtsterrorist versucht, in der Synagoge von Halle einen Massensmord zu begehen; auf der Flucht tötete er Jana Lange und Kevin Schwarze. Am 2. Juni 2019 war der CDU-Politiker Walter Lübcke, der sich für Geflüchtete einsetzte und durch seinen Widerspruch gegen die Pegida-Proteste deutschlandweit bekannt war, durch einen Rechts-extremisten ermordet worden.

Unterdessen werden Erscheinungsformen eines postnationalsozialistischen Rassismus in seinen strukturellen und institutionellen Verankerungen und seiner Alltäglichkeit wie in den pogromartigen Zuspitzungen wissenschaftlich vermehrt aufgearbeitet (Demirtaş et al. 2023; Heinrich et al. 2024; Reimann/Virchow 2025). Nach der Selbstenttarnung der rechtsterroristischen Gruppe im November 2011, die unter der Selbstbezeichnung *Nationalsozialistischer Untergrund* (NSU) in den Jahren zwischen 2000 und 2007 aus rassistischen Motiven neun als migrantisch gelesene Menschen und eine Polizistin ermordet hatte, vernetzten sich vermehrt Betroffene, Familien und solidarische Gruppen. Bis heute ringen sie darum, Rassismus und seine Folgen in seiner alltäglichen Erfahrbarkeit aus der Perspektive der Betroffenen in Deutschland aufzuzeigen (Bozay et al. 2021; Rink/Usifo 2023; Gültekin/Koçak 2024; Hashemi 2024; Şirin 2024), das Erinnern an erfahrenes Leid einzufordern (vgl. u. a. Thomas/Virchow 2024; Lorenz et al. 2021) und dieses in Kunst, Theater, in öffentlichen oder digitalen Räumen vielfältig auf unterschiedliche Weise zu artikulieren (exemplarisch Saadi 2023; Thomas 2025).

Extrem rechte Gewaltstrukturen und -praktiken werden dennoch meist nur in kurzen konjunkturellen Phasen als das wahrgenommen, was sie sind: eine permanente Bedrohung migrantischen, jüdischen und emanzipativen Lebens in Deutschland. Noch weniger wurden hinsichtlich der rechten Gewalt und des gesellschaftlichen Umgangs mit ihr der tief verankerte Rassismus und Antisemitismus zum Gegenstand einer systematischen politischen oder auch (print-)medialen Erörterung gemacht. Aus Sicht der Betroffenen wird eine vielfach als sekundäre Viktimisierung empfundene Presseberichterstattung sichtbar, die etwa mit Blick auf die Verbrechen des NSU die Opfer kriminalisierte, ihr Leid ignorierte, und ihnen die Sichtbarkeit als Nachbar:innen und Bürger:innen, als Teil der Stadtgesellschaft und als Zugehörige vorenthielt (bzgl. des NSU vgl. Virchow et al. 2015).

Das Zitat, das diesem Text vorangestellt ist, stammt aus einem Zeitungsartikel der *Süddeutschen Zeitung*, in der aus der Rede des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier anlässlich der Ermordung der Menschen in Hanau zitiert wird. Seine Formulierung „Das Land – Ihr Land“ bringt seine Aussage in Entsprechung zur sozialen Realität einer postmigrantischen Gesellschaft. Der Begriff „postmigrantisch“ findet in dem hier vorliegenden Beitrag in Anlehnung an Arbeiten von Naika Foroutan (2019) und Erol Yildiz (2018) Verwendung: Einerseits im Streben nach einer zukünftigen Gesellschaft, in der (auch mediale) (Infra-)Strukturen, Institutionen und (Erinnerungs-)Kulturen an eine Migrationsrealität angepasst werden müssen; andererseits zur Sichtbarmachung von Praktiken der (mediatisierten) Wissensproduktion und einer Selbstverständlichkeit eines postmigrantischen gesellschaftlichen Selbstverständnisses (vgl. Schmidt et al. 2023: 17f.). Das Entwerfen der Gesellschaft in Deutschland als einer postmigrantischen reklamiert „für sich eine antihegemoniale Stoßrichtung, indem es die Gesellschaft als diverses Kollektiv denken will“ (Karakurt 2023: 53). Eine journalistische Berichterstattung, die sich einer solchen Vorstellung einer postmigrantischen Gesellschaft als einem diversen Kollektiv nicht nur aufgrund der sozialen Realität, sondern auch in demokratischer Wertebasiertheit verpflichtet sieht, wäre aus unserer Sicht u. a. interessiert an einer „Überwindung begrifflicher und konzeptueller Binaritäten, wie z. B. Ursprungsland und neuer Heimat, Ver- und Entwurzelung, Gehen und Ankommen, Vertreibung und Integration, Identität und Alterität“ (ebd.: 54).

Das hier vorgestellte Forschungsprojekt untersucht die Berichterstattung der überregionalen Wochen- und Tagespresse sowie der Lokalberichterstattung über den rechtsterroristischen Anschlag in Hanau vom 19.02.2020 bis zum 29.02.2024 und analysiert, inwiefern diese Berichterstattung an einer postmigrantischen Gesellschaft als herkunftsdiversem Kollektiv orientiert ist. Kriterien, die an eine diversitätsbewusste Berichterstattung angelegt werden, werden aus dem Forschungsstand zu Diversität im Journalismus einerseits und einer interdisziplinär fundierten Diskussion des Diversitätsbegriffs andererseits ausgearbeitet. Wir schärfen und erweitern die hier vorgeschlagenen Vorgehensweisen theoretisch durch die Einführung von Diversität als „relationalen Begriff, in dem sich die Anerkennung von gesellschaftlicher Vielfalt mit der Forderung egalitärer politischer Teilhabe ausgehend von und im Angesicht dieser Vielfalt verbindet“ (Riede 2023: 39). Anhand dreier ausgewählter Fragestellungen stellen wir übergreifend Befunde einer wissenssoziologisch fundierten diskursanalytischen Untersuchung des Datenkorpus (675 Artikel) vor. Da der Beitrag auch auf eine diversitätsbewusste Praxis journalistischer Berichterstattung zielt, die erkennt, dass „diversity without structural transformation simply brings those who were previously excluded into a system as racist [and] misogynist as it was before“ (Davis, zit. n. Gerges, 2023), zeigen wir exemplarisch, auf welche Weisen journalistische Akteure zu einer wertebasierten wie handlungsleitenden Anerkennung der Realität einer strukturell veränderten, postmigrantischen Gesellschaft beitragen können.

2. Diversität im und durch Journalismus

Erst seit allmählich die Vorstellung von Deutschland als Einwanderungsland auch in politischen Diskursen formuliert wurde, im Jahr 2006 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz eingeführt und die Charta der Vielfalt initiiert wurde, gewann der Diversitätsbegriff an Bedeutung. „Media Diversity“ wurde dabei, maßgeblich angestoßen von Rainer Geißler und Horst Pöttker (2001), entlang einer Idee von „Unity in diversity“ vorrangig als „mediale Integrationsfunktion“ (Grabenheinrich 2023: 121ff.) verhandelt. Studien zu Diversität im Journalismus lassen sich, so Kaltenbrunner und Lugschitz (2021), auf der *Makro*-, *Meso*- und *Mikroebene* ansiedeln: Auf der *Makroebene* werden im Anschluss an Regulierungsversäumnisse oder Marktversagen Eigentumsverhältnisse untersucht, da ein Einfluss der Medi-

enkonzerne auf gesellschaftliche Normen, Leitbilder und Denkmuster interessiert. Auf der *Mesoebene* lassen sich Studien zur demografischen Zusammensetzung von Redaktionen verorten: Diese werden seit Beginn der 2020er Jahre im deutschsprachigen Kontext vermehrt durchgeführt; aufgrund des normativen, demokratiepolitischen Anspruchs an Journalismus, alle Bevölkerungsgruppen zu repräsentieren, wird Diversität von Redaktionen häufig als eine wesentliche Voraussetzung für Diversität in der Berichterstattung gesehen. Studien, die in erster Linie Diversität in der Berichterstattung analysieren, bewegen sich entlang einer solchen Einteilung auf der *Mikroebene*. Die vorliegende Studie ist entsprechend dieser Systematisierung auf der Mikroebene angesiedelt; zur Entwicklung unserer Vorgehensweise beziehen wir im Folgenden Arbeiten auf Meso- und Mikroebene ein.

Tatsächlich liegen im deutschsprachigen Kontext vermehrt Studien vor, die die „kulturelle Diversität“ in Redaktionen erfassen wollen. Dabei liegen kaum Befunde einer flächendeckenden Erhebung und zuverlässige Zahlen vor. Lünenborg und Medeiros (2021: 100) verweisen auf eine Umfrage des Netzwerks *Neue deutsche Medienmacher* unter deutschen Chefredakteur:innen. Diese hat ergeben, dass keines der über 120 befragten deutschen Medienhäuser Informationen zum „Migrationshintergrund“ der Mitarbeitenden flächendeckend erhebt (Vassiliou-Enz et al. 2020). Hadija Haruna-Oelker (2023) betont in diesem Zusammenhang, dass Diversität als einer der zentralen Werte der Dachorganisation European Broadcasting Union (EBU) zählt. Sie problematisiert etwa die Zusammensetzung von Gremien wie den Rundfunk- und Medienräten und erkennt, dass diese einer pluralen Gesellschaft kaum Genüge tun; zudem begnügten sich die Medienhäuser mit Einzelprojekten und „Diversity-Tagen“, statt Diversität zu einer ganzheitlichen Querschnittsaufgabe zu machen (ebd.: 39).

Konzeptionell integriert werden in Überlegungen zum Forschungsbedarf unterdessen intersektionale Überlegungen, die etwa in Erhebungen zur Vertretung „ethnischer“ Gruppen in Redaktionen auch nach Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss, Klasse oder Behinderung fragen und berücksichtigen sollen, in welchen Beschäftigungsverhältnissen, auf welchen Hierarchiestufen und für welche Ressorts Journalistinnen und Journalisten tätig sind (Kaltenbrunner/Lugschitz 2021; Medeiros/Lünenborg 2023). Zunehmend wird damit die Notwendigkeit erkannt, identitätslogische Vorstellungen (vgl. Weiß 2022) und Prozesse des „Othering“ im Sinne hierarchisierender Kategorisierungen zu problematisieren, die „das Andere“ bzw. „die Fremden“ erst hervorbringen und gleichzeitig ein „Wir“ konstruieren, „welches anders als das fremde ‚Nicht-Wir‘ beruhigend unambivalent, ohne große Spannungen erscheint und darin eine sichere Gemeinschaft symbolisiert“ (Castro Varela/Mecheril 2010: 43); deren Reproduktionen gelte es in wissenschaftlichen Studien („Migrant:innen schreiben anders“) ebenso wie in der beruflichen Praxis zurückzudrängen, da erkennbar das „Risiko der Beschränkung auf Expertise durch persönliche Betroffenheit“ besteht, wenn „migrantische [...] Journalistinnen und Journalisten“ auf Migrationsthemen konzentriert werden (Lünenborg et al. 2011: 147; ähnlich Ahmed 2012: 4ff.). Folglich erweitern neuere Studien den Fragehorizont: Lück et al. (2022) führten Interviews mit Chefredakteur:innen und Herausgeber:innen in Deutschland, England und Schweden. Die Studie bezieht den sozioökonomischen Kontext sowie institutionelle und organisatorische Kontexte ein und berücksichtigt Arbeitsroutinen und individuelle Einstellungen. Damit kommen sie der Forderung näher, Journalismus „als Form gesellschaftlicher Wissensproduktion [...] in ihrer historischen Sedimentierung und als eingeschrieben in Machtverhältnisse“ (Lünenborg/Medeiros 2021: 96) zu betrachten; wenig können sie allerdings zeigen, ob der Forderung nachgekommen wird, die „Positionierung von Journalist*innen als Individuen mit eigenen Biografien und spezifischen lebensweltlichen Erfahrungen – ob Diskriminierung oder Privilegierung“ (ebd.: 111) im Redaktionsalltag explizit zu thematisieren. Würde dies berücksich-

tigt, ließen sich womöglich auch Ansatzpunkte dafür finden, weswegen Journalist:innen mit Migrationshintergrund ganz generell zurückhaltender sind mit ihrer Kritik an Missständen (Kaltenbrunner/Lugschitz 2021: 19).

Mit normativen Standards von Diversität auf einer inhaltlichen Mikroebene beschäftigen sich Studien wie die von Christian Baden und Nina Springer (2017); sie diskutieren Ansätze, die akteurszentriert die Berücksichtigung der Bandbreite politischer Akteure oder im Sinne diskursiver oder konstruktivistischer Ansätze die Bandbreite von Deutungen einfordern. Sie wägen Vor- und Nachteile ab und schlagen „Viewpoint-Diversity“ als Konzept vor, das diskurstheoretisch inspiriert eine Bandbreite von Interpretationsrepertoires als Kriterium für Diversität auf der Ebene journalistischer Textproduktion entwickelt. Eine umfangreichere Studie zu Diversität und Journalismus legt Miriam Grabenheinrich (2023) vor. Ihr Ziel ist es, Konsequenzen und Vorschläge für die journalistische Aus- und Weiterbildung zu entwickeln, damit Journalist:innen zukünftig kritisch bedenken, ob sie „durch die Themen-selektion und -reduktion eine mediale Wirklichkeit konstruieren, bei der die Mehrheitsperspektive dominiert“ (ebd.: 42). Miriam Grabenheinrich kombiniert eine Inhaltsanalyse zur Berichterstattung über geflüchtete Menschen mit „afrikanischem Migrationshintergrund“ mit Fokusgruppeninterviews im Rahmen von „Diversity“-Fortbildungsveranstaltungen für Journalist:innen. Sie zeigt, wie u. a. auch Arbeitsroutinen und Arbeitsbedingungen (u. a. Zeit- und Quotendruck, fehlende Ressourcen für Recherchen, Abhängigkeiten im Kontext freiberuflicher Tätigkeit) Auseinandersetzungen „mit journalistischer Repräsentationspraxis und den bestehenden Diskursordnungen (u. a. Geschlossenheit des Berufsmilieus, geringe Qualitätskontrolle, essentialistisches Kulturverständnis)“ strukturell behindern (ebd.: 41, 157, 223); aktuelle Studien beschäftigen sich mit der impliziten rassistischen Voreingenommenheit von Journalist:innen und fordern weitere Forschungen (Ludwig et al. 2024: 127). Mit Blick auf die Entwicklung von Angeboten für die Aus- und Weiterbildung versucht Grabenheinrich, einen differenzierten Diversitätsbegriff produktiv zu machen; sie fordert die Berücksichtigung von Multidimensionalität hinsichtlich der Vielfalt von Dimensionen, wie beispielsweise Geschlecht, Alter, Religion und Kultur, zudem Intersektionalität, d. h. es geht um verflochtene, multiple, variable Identitäten und repräsentationskritisches Bewusstsein, das eine Reflexion der Normativität, Sprecher:innenposition, Macht- und Entstehungskontexte (vgl. ebd.: 116) umfasst.

An der Integration eines differenzierteren Diversitätsbegriffs setzt auch die vorliegende Studie an. Im Folgenden wird dieser vorgestellt und gezeigt, wie er als Ausgangspunkt für die Entwicklung konkreter Fragen an die Berichterstattung über die rechtsterroristische Gewalt in Hanau genutzt werden kann.

3. Diversität, die einen Unterschied macht

Eine Betrachtung der „aktuell stattfindenden gesellschaftlichen und politischen Debatten in Deutschland über kulturelle Vielfalt und Konflikte zeigt, dass die soziale Realität von einer solchen nachträglichen Anpassung der strukturellen Gegebenheiten an bereits erfolgte Transformationen noch weit entfernt ist und sich die erfahrene kulturelle Pluralität des Alltags in wesentlichen Institutionen der Gesellschaft weiterhin nicht abbildet“, so betonen Hansjörg Dilger und Matthias Warstat (2021) in der Einleitung zu einem Sammelband. Dessen Beiträge thematisieren migrationsbezogene Diversifizierungsprozesse und interessieren sich dafür, wie Diversität anerkannt und unter welchen gesellschaftlichen und institutionellen Bedingungen Formen des Zusammenlebens in einer diversen Gesellschaft entwickelt werden können. Insbesondere seit dem Bekanntwerden der NSU-Mordserie, so stellen Dilger und Warstat (2021) mit Blick auf einen Beitrag von Bilgin Ayata fest, hat sich in Deutschland das „institutionalisierte Spannungsverhältnis zwischen Heimat-betonter

Einhegung und Bestrebungen zu einer rassismuskritischen Öffnung der Gesellschaft noch einmal deutlich verschärft“ (ebd.: 25). Aus Ayatas Sicht ist es jedoch die „Wirkmächtigkeit des Stunde-Null-Mythos“ nach dem Ende des Nationalsozialismus, „welcher Rassismus zwangsläufig in die Vergangenheit verlagert“ hat; dies sei ein zentraler Grund dafür, dass Diversität heute „nicht als ein Phänomen der Normalisierung“, sondern als „Abweichung von einer imaginären deutschen Normalität“ diskutiert werde (Ayata 2021: 52). Allein der Ruf nach Diversität kann dabei jedoch sogar kontraproduktiv sein, argumentiert u. a. Brigitte Hipfl (2023); ein „Vermessen“ von Diversität über Vielfaltsaudits und die Dokumentation von Rassismus könnten sogar zu einer Bürokratisierung führen. Dennoch ist auch aus ihrer Perspektive die Verantwortung von Institutionen wichtig, jedoch seien Vielfalt und Gleichheit als Indikatoren für Anerkennung eines diversen Kollektivs dabei nicht aus der Perspektive der Dominanzgesellschaft, sondern der marginalisierten Gruppen zu definieren. Unter Bezugnahme auf Arbeiten von Maisha Auma nimmt Hipfl Impulse der „respect studies“ auf: Ein Ansatz, bei dem der Respekt im Vordergrund steht, erfordere eine Umstrukturierung der Institutionen und gehe über eine nur oberflächliche Einbeziehung von Randgruppen hinaus, die für diese Gruppen, die oft als „Eindringlinge“ bezeichnet werden, mit hohen Kosten verbunden sein kann. Gefordert seien Veränderungen institutioneller Routinen, der Führung und der Selbstwahrnehmung – damit verbunden auch eine Verlagerung in der Analyse wissenschaftlicher Studien von der „Fixierung der Ausgeschlossenen“ über die „Fixierung der Institutionen“ hin zur „Fixierung des Systems“ (Auma 2021). Hipfl lädt mit einem Interesse an Diversität mit und durch Medien daher paradigmatisch dazu ein, Diversität zu „*machen*“. Hier stimmt sie mit Grabenheinrich (2023: 150ff.) überein, wenn diese den Erwerb journalistischer Diversitätskompetenz vorschlägt und diesen Erwerb als kontext-, situations- und zielabhängigen Lernprozess versteht, dessen Zielsetzung das diversitätssensible Handeln und damit auch eine angemessene Berichterstattung über Menschen mit Migrationserfahrung ist.

Um Diversität zu *machen*, so argumentieren wir im Anschluss an Hannah Riedes (2023: 438) Plädoyer, das sich maßgeblich auf Judith Butler (2016) stützt, ist das „Geltendmachen pluraler Existenz“ zu fördern, dies auch im Aufzeigen hybrider Differenzallianzen. Dieses Geltendmachen umfasst die Hervorbringung neuer Formen eines kollektiven Selbstverständnisses, und dies ist, so Butler (2016: 91) „nicht im vorneherein durch die Identität eingeschränkt, d. h. es ist kein Kampf, zu dem nur einige gehören können, sondern ganz entschieden ein Kampf, der versucht, die Bedeutung dessen, was wir mit ‚wir‘ meinen, auszudehnen.“

Um die Presseberichterstattung über den rechtsterroristischen Anschlag in Hanau daraufhin zu untersuchen, ob sie diversitätssensiblen Ansprüchen in einer postmigrantischen Gesellschaft gerecht werden kann, folgen wir gemäß unserer theoretischen Überlegungen zum Diversitätsverständnis, die medialen Darstellungen gesellschaftlicher Erschütterungen, die Vielfalt und Gleichheit in Frage stellen, auch aus einer Perspektive von Be- und Betroffenen zu analysieren. Daher untersuchen wir die Berichterstattung dahingehend, ob deren Lebens- und Leidenserfahrungen als Folge einer historisch strukturell verankerten Kontinuität von Rassismus auf angemessene Weise als Ergebnis von Machtverhältnissen erkennbar wird. In dem hier zur Verfügung stehenden Rahmen bearbeiten wir drei Fragestellungen: Um darzustellen, auf welche Weise(n) dies geschieht, fragen wir *erstens*, wie Rassismus aufgerufen und in seiner gesellschaftlichen und politischen Verankerung thematisiert wird. *Zweitens* fragen wir: Gelingt eine anerkennende Repräsentation von Betroffenheit, gelingt das Zu-Hören bzw. zu Lesen-Geben der Stimmen der Betroffenen ohne eine Reproduktion von „Othering“ und Hierarchisierung? Schließlich fragen wir *drittens*, in welcher Weise ein „Geltendmachen pluraler Existenz“ in der Presseberichterstattung gelingt, inwiefern

Zugehörigkeit(en) zu einem „diversen Wir“ entworfen und Diversität „gemacht“ wird oder ob und wie Grenzsetzungen vorgenommen werden.

4. Methode und Datenkorpus

Angelehnt an Arbeiten von Reiner Keller (2018: 49) verstehen wir die Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA) nicht als eine Methode, sondern vielmehr als „ein Forschungsprogramm zur Analyse der diskursiven Konstruktion von Wirklichkeit, eine Perspektive auf besondere, eben als Diskurs begriffene Forschungsgegenstände.“ Damit beschreibt Keller einen „Prozess der sozialen Konstruktion von Deutungs- und Handlungsstrukturen (Wissens-Regimen, Wissenspolitiken) auf der Ebene von Institutionen, Organisationen bzw. kollektiven Akteuren und die Untersuchung der gesellschaftlichen Wirkungen dieser Prozesse“ (ebd.). Die WDA verfolgt das Ziel, „Diskurse nicht als zeitloses semiotisches System oder entsprechende Differenz-Struktur zu analysieren, sondern als soziale Praxis“ (ebd.) zu rekonstruieren.

Der Datenkorpus umfasst insgesamt 675 Artikel in vier Zeitungen, die sich mit den rassistischen Morden in Hanau auseinandersetzen und zwischen dem 19.02.2020 und dem 29.02.2024 veröffentlicht wurden; gewählt wurden *Die Zeit* und die *Süddeutsche Zeitung* (SZ) als auflagenstärkste überregionale Wochen- bzw. Tageszeitung, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) aufgrund von Auflage, einer im Vergleich zur liberal positionierten SZ kontrastierenden Verortung im konservativ liberalen politischen Spektrum sowie des regionalen Bezugs zu Hanau, sowie der *Hanauer Anzeiger* als Regionalzeitung.

Die Zusammenstellung des Datenkorpus erfolgte in zwei Schritten. Zunächst wurde mithilfe von zwölf Suchbegriffen¹ eine vorläufige Auswahl an Berichterstattungen getroffen. Im zweiten Schritt wurden Meldungen (Textsorte) ausgeschlossen, um einen Datenkorpus mit Artikeln inhaltlicher Dichte zu erlangen.

Tabelle: Datenkorpus Berichterstattungen Hanau 2020–2024

Jahr/Medium	FAZ	Hanauer Anzeiger	SZ	Zeit	Gesamt
2020	97	12	139	107	355
2021	63	16	37	25	141
2022	32	10	16	14	72
2023	30	8	6	8	52
2024	30	20	5	-	55
Gesamt	252	46	203	154	675

Die Entwicklung des Kategorienschemas orientierte sich grundsätzlich an Leitfragen der WDA; Hauptkategorien entstanden somit durch die Codierung der zentralen Problematisierung, der Deutung des Ereignisses, der (Problem-)Ursachen und Folgen, der zentralen Akteure, ihrer Beschreibungen sowie Sprechpositionen, der Lösungsansätze und Zuständigkeiten, schließlich der „story lines“ im Sinne der Rekonstruktion narrativ produzierter Kausalitäten. Für das Kodieren wurde die Textanalyse-Software MAXQDA verwendet. Alle

¹ Um den Korpus nicht durch Bezeichnungen der Tat oder des Tatmotivs einzuschränken, wurden Begriffskombinationen eingesetzt: Hanau; Hanau + Anschlag; Hanau + Rechtsterrorismus; Hanau + Rassismus; Hanau + Amoklauf; Hanau + Rechtsextremismus; Hanau + Februar; Hanau + Mord; Hanau + rechter Mord; Hanau + Shisha; Hanau + Arena; Hanau + rechts.

Kodierer:innen erstellten nach Kodier-Phasen sowohl Memos als auch Kommentare, die später in der Zusammenfassung der Forschungsergebnisse als Stütze dienten. An der Probekodierung und weiteren Paralleltests nahmen vier Kodierer:innen teil, somit wurde nicht nur der inhaltliche Austausch innerhalb des Forschungsteams ermöglicht, sondern auch die Interkoderreliabilität gewährleistet. Erinnerungspraktiken oder dessen Einforderung wurden zusätzlich aufgrund der Konjunkturen der Berichterstattung an den Jahrestagen des Anschlags im Sinne einer Hauptkategorie erfasst, auch um diesbezüglich Veränderungen über die Zeit erkennen zu können. Subcodes wurden entwickelt, um Bedeutungen der Verwendung des Begriffs „Rassismus“ genauer erfassen zu können – etwa als individuelles Tatmotiv oder gesellschaftlich verankerte, strukturelle Problemursache –, das bzw. die auch mit Blick auf polizeiliche Ermittlungen thematisiert wird. Das finale Kategorienschema umfasst damit zwölf Hauptkategorien (siehe Abbildung), 83 Subkategorien sowie vielfältig untergeordnete Sub-Subkategorien.

Abbildung: Kategorienschema MAXQDA

Codes	8610
Übergeordnete Problematisierung	1130
Deutungen des Ereignisses (rechte Gewalttat)	646
(Problem) Ursachen Tat	303
Tatmotiv	412
Täterbeschreibungen	812
Beschreibungen Betroffene / Aktivist:innen	1073
Sprecherpositionen - Wer spricht?	2153
Folgen rechter Gewalt auf Seiten der Betroffenen	495
Erinnerungspraktiken (zugewiesene Funktion)	280
Lösungsansätze	1100
Zuständigkeit für Lösungsansätze	163
Story lines	43

5. Befunde

In der medialen Berichterstattung, aber auch in der Forschung, dominierte lange Zeit der Terminus „Fremdenfeindlichkeit“, wo es um Rassismus ging (Scheffer 1997; Esser et al. 2002). Dies gilt auch für die mediale Darstellung rassistischer Gewalttaten, sofern diese nicht ohnehin daran mitwirkte, die von dieser Gewalt Getroffenen als irgendwie ursächlich verstrickt zu markieren, wie anhand der Berichterstattung zu den Morden des NSU deutlich wurde (Virchow et al. 2015). Eine „Zäsur der deutschen Rassismus-Debatte“ (Hauck et al. 2024: 29) stellen in retrospektiver Betrachtung die Veröffentlichung des Buches von Thilo Sarrazin (2010) sowie das Bekanntwerden der Täterschaft der rassistischen Mordserie des NSU (2011) dar, auch wenn es bereits zuvor – etwa im Zusammenhang mit der rassistischen Gewaltwelle der frühen 1990er Jahre und dem Wehrhahn-Anschlag in Düsseldorf im Juli 2000 – kurzfristige Aufmerksamkeitsschübe gegeben hat. Carolina Schwarz (2019) zeigt anhand eines rassistisch motivierten Angriffs auf einen Mann aus Eritrea, dass es auch Lernprozesse bei der medialen Berichterstattung gibt, so dass die zunächst als „fremdenfeindlich“ bezeichnete Tat in einigen Medien später als „rassistisch motiviert“ charakterisiert

wurde. Für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung* und die *tageszeitung* hat eine Forschungsgruppe am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung zeigen können, dass sich der Begriff des „Rassismus“ gegenüber dem Terminus „Fremdenfeindlichkeit“ inzwischen weitgehend durchgesetzt hat (Hauck et al. 2024: 33).

Mit Blick auf die Analyse der Berichterstattung zu Hanau lässt sich zeigen, dass es im Rahmen der Live-Berichterstattung über die Morde in Hanau rassifizierende Mutmaßungen über „Auseinandersetzungen im Milieu“, eine „Spielautomaten-Mafia“ oder „Russen“ als mögliche Täter gab – auch das Wort „Shisha-Morde“ tauchte auf (Mathwig 2020) –, die man als rassifizierende Markierung der Tatorte verstehen kann. Jedoch fand dauerhaft keine Täter-Opfer-Umkehr statt.

Die Thematisierung von Rassismus in der Berichterstattung über die Morde in Hanau rücken wir in Abschnitt 5.1 in den Fokus, um zu erkennen, ob und inwiefern die Anerkennung eines diversen Kollektivs aus der Perspektive derjenigen in den Blick kommt, die als „die Anderen“ von rassistischer Ausgrenzung und Gewalt betroffen sind. Der Abschnitt 5.2. beleuchtet die in der Berichterstattung artikulierten Stimmen der Betroffenen und in Abschnitt 5.3 die hier hervorgebrachten Verständnisse von einer pluralen Existenz in der postmigrantischen Gesellschaft.

5.1 „Rassismus“ in der Berichterstattung über die Morde in Hanau

Im Folgenden stellen wir vor, ob und in welcher Weise in den von uns untersuchten Medien der Begriff Rassismus verwendet wurde, um a) die Motivation der Tat zu charakterisieren sowie b) überindividuelle bzw. gesellschaftliche Ursachen zu markieren.

Charakterisierungen des Tatmotivs als „rassistisch“ finden sich in 294 der untersuchten Texte. In 25 der von uns untersuchten Texte im gesamten Berichtszeitraum werden als Tatmotiv bzw. Tathintergrund „Fremdenfeindlichkeit“ oder „Ausländerhass“ genannt. Dabei finden sich vor allem Darstellungen, die subjektive Zuschreibungsprozesse anderer markieren: Der Täter sei „getrieben vom Hass auf Ausländer – er zielte auf Menschen, deren Aussehen auf einen Migrationshintergrund schließen ließ“ (Dudziak 2021a). An anderer Stelle heißt es: „Gürbüz, geboren in Langen, aufgewachsen in Dietzenbach, starb, weil der Täter in ihm einen Fremden sah“ (Jürgs 2022). Dies gilt auch für einen unspezifizierten öffentlichen Diskurs: „Als am 19. Februar 2020 ein Rechtsextremist an zwei Tatorten im hessischen Hanau neun Menschen aus rassistischen Motiven erschoss, hörte man gelegentlich, es seien ‚Ausländer‘ ermordet worden, ‚Migranten‘. Es habe sich um eine ‚fremdenfeindliche Tat‘ gehandelt“ (Kazim 2021). Der Begriff „fremdenfeindlich“ taucht zudem in Referenzen auf Stellungnahmen von Politikern aus den Innenressorts auf: Nach den rassistischen Morden charakterisierten sowohl Hessens Innenminister Beuth als auch der bayerische Innenminister Beckstein die Tat als „fremdenfeindlich“ bzw. „ausländerfeindlich“ (okü./mic./dpa 2020).

Deutlich dominiert in der Berichterstattung die Bezeichnung des Tatmotivs als „rassistisch“. Häufig taucht der Begriff dabei lediglich als Adjektivattribut auf, wie etwa in folgenden Kombinationen: „rassistische Gesinnung“ (dpa 2020a), „rassistischer Mordanschlag“ (Krohn 2020), „rassistisches Verbrechen“ (Vooren 2021a), „rassistischer Terror“ (SZ/infu/dac/moe 2022) oder „rassistische Motive“ (Wetzel 2021). Entsprechende Formulierungen finden sich über den gesamten Untersuchungszeitraum und in allen Medien, deren Berichterstattung berücksichtigt wurde. In einigen Texten wird die Nennung von Rassismus als Tatmotiv erweitert um den Hinweis auf „Verschwörungsvorstellungen“, wie sie sich im Manifest des Täters zeigten (Drobinski 2021a), aber auch – mit Bezug auf die Rede des Bundespräsidenten – auf Hetze gegen Muslime und Juden, wobei sich die Überlegenheitsfantasien „sehr genau gegen sehr bestimmte Menschen“ richten würden (kna/dpa/lion 2021). Auch der Botschaftscharakter der terroristischen Gewalt wird vereinzelt benannt:

„Er setzte ein Signal für alle Menschen mit dunklen Haaren, dunklerer Hautfarbe, irgendeiner Migrationsgeschichte: Fürchtet euch.“ (Drobinski 2021b). Die Berichterstattung macht sichtbar, dass diese Interpretation auch von den Betroffenen geteilt wird: „Für den waren wir einfach ein paar Kanax. Der wollte uns von den Orten vertreiben, an denen wir uns sicher gefühlt haben, damit wir uns nirgendwo mehr sicher fühlen“ (zit. nach Niewel 2024).

Die thematischen Kontexte, in denen die Charakterisierung des Tatmotivs als „rassistisch“ auftritt, sind vielfältig. Sie reichen von Beschreibungen des Tatablaus über Vermutungen zum Täter (dann gelegentlich auch in Kombination mit der Vermutung, der Täter sei auch psychisch krank gewesen (Lüdemann 2020; Bogner 2021)) über Berichte zu Polizeieinsätzen im Zusammenhang mit Kundgebungen zur Erinnerung an die rassistische Gewalttat bis hin zur Kommentierung einer AfD-Stellungnahme zum Geschehen. Wiederholt wird auch auf Parallelen zu den rechtsterroristischen Morden in München im Jahr 2016 verwiesen (Bernstein 2021; Richters 2021) oder verdeutlicht, dass sich die Gewalttat in Hanau in eine lange Reihe rechter Gewalt in Deutschland einreicht (Bubrowski/Lohse 2020; Dorn 2021). Die Berichterstattung verweist auf spezifische Strategien extrem rechter Gewalttäter (Bender 2020) und gibt Stimmen wieder, die angesichts der langen Reihe rechtsterroristischer Gewalt dazu aufrufen, mit dem Reden von „Einzelaten“ Schluss zu machen (dpa 2020b).

Neben der Perspektive auf das Tatmotiv des Täters und auf Kontextinformationen war Teil der Berichterstattung auch die Frage nach anderen Faktoren oder strukturellen Ursachen für das Geschehene. So wurde etwa der CDU-Politiker Armin Laschet mit der Aussage zitiert, dass Menschen zu „Mördern [werden], weil in dieser Gesellschaft die Gewalt geschürt wird“ (zit. nach Krohn 2020) und dabei das Internet eine der relevanten Ursachen sei. Der AfD-Politiker Rainer Rahn verwies einerseits auf eine allgemeine Verrohung der Sprache, markierte zugleich Shisha-Bars als „Orte, die vielen missfallen (...)“. Wenn jemand permanent von so einer Einrichtung gestört wird, könnte das irgendwie auch zu einer solchen Tat beitragen“ (zit. nach Hettrödt/Rösmann 2020).

Einer solchen Täter-Opfer-Umkehr steht eine deutliche Mehrheit an Beiträgen gegenüber, die gesellschaftlichen und strukturellen Rassismus als Gegenstand aufrufen oder auf weitere Ereignisse mit extrem rechtem Bezug verweisen. So wird von einer fortgesetzten Reihe rechter Morde ebenso geschrieben (Aschenbrenner 2020a) wie auf weitere extrem rechte Phänomene verwiesen, wie z. B. „Waffenfunde[.]“ und Feindeslisten sogenannter Preppergruppen mit Verbindungen zu Reservisten der Bundeswehr, Kriminalbeamten, Spezialeinsatzkommandos, ja selbst zu Richtern und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes“ (Ramelsberger 2020). Mit Blick auf die AfD findet sich in den untersuchten Medien die Position, dass zwar „einer geschossen [hat] in Hanau, danach sieht es aus, aber es waren viele, die ihn munitioniert haben[.]“ und da gehört die AfD definitiv mit dazu“ (dpa/EPD 2020).

Gesellschaftlicher und struktureller Rassismus werden in verschiedenen Varianten als Kontext und Ursache rechter Gewalt genannt. In knappster Form geschieht dies als Verweis darauf, dass „Rassismus tötet“ (Schiefenhövel 2020). Vergleichsweise unspezifisch wird darauf verwiesen, dass die „Ursachen dieser Gewalt (...) Rassismus und Antisemitismus“ (F.A.Z. 2020) seien bzw. Rassismus „ein Gift“ sei: „Dieses Gift existiert in unserer Gesellschaft, und es ist schuld an schon viel zu vielen Verbrechen, von den Untaten des NSU über den Mord an Walter Lübcke bis zu den Morden von Halle.“ (bub./elo./Her./mic./moja 2020). Lohse (2020) referiert einen Redeauszug von Frank-Walter Steinmeier anlässlich einer Zusammenkunft mit Angehörigen der in Hanau Ermordeten: „Es gibt Rassismus in unserem Land, es gibt Muslimfeindlichkeit und Antisemitismus. Die Wurzeln des Rechtsextremismus reichen tief in die Gesellschaft hinein. Immer wieder hätten rechte Terroristen

versucht, die demokratische Einwanderungsgesellschaft mit blutigen Attacken zu erschüttern.“ Auch Bezüge zu rassistischem öffentlichem Sprechen werden hergestellt: „Das fing früher an, als man heute denkt. Ende der Siebzigerjahre wurde der rassistische Diskurs immer lauter, ab 1980 gab es die ersten organisierten Anschläge gegen Flüchtlinge“ (Rühle/Manthe 2020). In der medialen Berichterstattung wird Rassismus in der Schule (Soliman 2024) ebenso als Kontext rechter Gewalt angeführt wie entsprechende Vorkommnisse bzw. Versäumnisse in den Sicherheitsbehörden (Bullion 2020a). Auch digitale Öffentlichkeiten werden genannt, in denen sich diskriminierende Sprechakte fänden: „als gäbe es nicht einen rassistischen, misogynen, homo- und transfeindlichen Echoraum, in dem die Abwertung von Menschen so lange geschürt wird“ (Emcke 2020).

Die Berichterstattung reflektiert gelegentlich Kontexte und Faktoren der Bewertung rechter Gewalt sowie die Berichterstattung selbst. „Auch die Deutschen hätten nicht mehr wegschauen können, wenn es um strukturellen Rassismus ginge, speziell bei der Polizei“, so Armin Kurtović in einem Beitrag der Süddeutschen Zeitung (ebd.). Zugleich wird konstatiert, dass auch nach Hanau die rassistische und antisemitische Gewalt weitergehe, viele Angriffe nicht öffentlich bekannt oder dokumentiert würden (Vooren 2020a), die rassistischen Gewalttaten zudem „nur die Spitze, der öffentlich skandalisierte Teil des riesigen Eisbergs Alltagsrassismus [ist]. Der viel größere Teil liegt unter dem Wasser, dort, wo er nicht gesehen wird. Das macht ihn so gefährlich“ (Vooren 2020b).

5.2 Die Stimmen der Betroffenen

Demokratische Verhältnisse zielen darauf ab, der Partikularität von Erfahrungen gerecht werden zu können; zentral dafür ist die Herstellung demokratischer Öffentlichkeiten. Im Anschluss an die Diskussion der Habermas'schen Theorie der Öffentlichkeit haben insbesondere an feministischer und postkolonialer Theorie orientierte Stimmen dafür plädiert, eine Integration und Partizipation Aller in den und an dem Diskurs anzustreben, die in einem politischen Kollektiv leben bzw. die von einer politischen Entscheidung betroffen sind (Fraser 1997). Intensive Verständigung in Gleichheit mit den differenten Anderen und die gemeinsame Sorge um die Demokratisierung der real anzutreffenden Demokratie ist Grundlage einer solchen Konzeption, die wir in der Betrachtung des Einbezugs der Stimmen der von rassistischer Gewalt Betroffenen in der Berichterstattung über die Morde in Hanau zugrunde legen.

Mit Blick auf mögliche Sprecher:innenpositionen wurden 1.885 Textstellen markiert, darunter – jeweils zitiert oder paraphrasiert – von Politiker:innen (697), von Betroffenen (483), von Unterstützer:innen der Betroffenen (129), von Jurist:innen (120), aus der Polizei (110), von Bürger:innen (93) und des Täters (93). Die übrigen in den untersuchten Printmedien auftauchenden Stimmen stammten aus Gewerkschaften, aus dem Kunstbetrieb und dem Schützenverband, aus der Wissenschaft und der Sozialen Arbeit sowie von Vertreter:innen von Religionsgemeinschaften. In diesem Text konzentrieren wir uns auf die Stimmen der Betroffenen, zunächst der durch den Anschlag unmittelbar betroffenen Menschen, sodann auch von anderen Menschen mit internationaler Migrationsgeschichte, die als Zeitzeug:innen, Expert:innen, Kritiker:innen und politisch Handelnde in der Berichterstattung sichtbar gemacht werden.

Ein wichtiger Diskursstrang befasst sich mit der Nennung der Namen der in Hanau ermordeten Menschen, die mit der Formulierung *Say Their Names* verbunden und popularisiert wurde (lesa 2020). In zahlreichen Beiträgen werden die Namen aufgeführt. Damit verbunden ist das Ziel, sie und den rassistischen Hintergrund der Tat nicht zu vergessen (Drobinski 2021b), aber auch, die Betroffenen als Menschen mit Wünschen und Lebensentwürfen erkennbar zu machen. In der Berichterstattung findet sich dies etwa in der Be-

schreibung Ferhat Unvars durch seine Mutter wieder: „Mein Sohn Ferhat war ein schlauer Junge. Er hatte auch eine melancholische Seite, hat immer alles hinterfragt. Er war vielseitig interessiert und hat kleine Gedichte geschrieben“ (zit. nach Dudziak 2021b). Über das Paar Fatih Saraçoğlu und Diana Sokoli hieß es, sie „waren verlobt, aber nicht verheiratet. Oft habe sie von Polizei und Behörden deswegen keinerlei Informationen bekommen, mit dem Verweis, sie seien ja nicht verheiratet gewesen. Was ihr von Fatih bleibt, ist seine letzte SMS um 21.42 Uhr. Darin habe gestanden: ‚Ich bin gleich zu Hause, mein Leben.‘“ (Vooren 2021b).

Angehörige der Ermordeten und Überlebende der rechten Gewalt in Hanau werden in der Berichterstattung mit ihrer Trauer, ihren Erfahrungen und ihren Forderungen sowie als Individuen namentlich sichtbar gemacht, z. B. als „Serpil Unvar, der Mutter des getöteten Ferhat Unvar“ und „Niculescu Păun, Vater des getöteten Vili Viorel Păun“ (Jakob 2020). Bedeutsam ist im medial reproduzierten Sprechen immer wieder das Erleben von Rassismus in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten: „Ich bin groß, breit, habe dunkle Haut und schwarze Haare. Die Welt lasse ihn das selten vergessen, sagt er und meint damit Deutschland“ (Niewel 2024). Immer wieder werden in der Berichterstattung auch Emotionen der Angehörigen wiedergegeben, so etwa Wut und Trauer – „Die Trauer ist so groß“, sagt Abdullah Unvar am Mittag am Eingang der Turnhalle, „und die Wut über das Geschehene“ (Backhaus-Arnold/Degen-Peters 2020), aber auch Stolz und Bindung: „Für Hanau und die Welt ist er ein Held, für mich und meine Frau bleibt er unser Sohn“, sagte Niculescu Păun“ (Jakob 2020).

Die Berichterstattung nennt auch Freunde der bei dem Anschlag in Hanau Ermordeten namentlich (Aschenbrenner 2020b), teilt deren Perspektiven (Ağırbaş 2020) und macht mittels Wiedergabe von Stimmen von migrantisierten Menschen die Folgen rassistischer Gewalt erkennbar: „Meine Mutter, die nie über Politik spricht, die am Telefon stets nur ihre Tage nachzeichnet, die manchmal um Hilfe bittet bei der Formulierung deutscher Sätze, die mich fragt, ob ich weiß, wie es meinem Bruder geht, wenn er mal wieder nicht sofort zurückgerufen hat, diese Mutter hat plötzlich Angst, weil sie in den Nachrichten hört, dass in Deutschland wieder Ausländer erschossen werden“ (Behroz 2020). Dabei wird deutlich, dass es nicht um singuläre Erfahrungen rassistischer Bedrohung und Gewalt geht: „Müssen wir uns jetzt immer fürchten, wenn die Tür aufgeht?“, fragt einer von ihnen. Ein anderer berichtet, wie er in den Neunzigerjahren im Fußballverein gespielt habe, als einziger Türke: Nachdem er ein Tor geschossen hatte, malte sein Mitspieler ihm ‚zum Dank‘ ein Hakenkreuz auf die Brust“ (Vooren 2020c). Auch Überlegungen zu Konsequenzen aus der rassistischen Gewalt werden medial abgebildet: „Die Bedrohung sei schlimmer geworden, sagt Can. ‚Jetzt sind zehn Menschen tot, das ist unfassbar. Was muss noch passieren? Wir überlegen schon, wohin wir im schlimmsten Fall fliehen können, wenn Rechtsextreme hier die Macht übernehmen‘“ (Endres 2020).

Die Berichterstattung greift Äußerungen und Positionierungen der vom Anschlag mittelbar bzw. unmittelbar Betroffenen zu verschiedenen Aspekten auf, die hier in Problemanzeigen, Forderungen und Aktivitäten unterschieden werden sollen. Bei den Problemanzeigen steht der Rassismus im Mittelpunkt, der im folgenden Beispiel aus einem Gespräch mit jungen Männern aus Hanau mit Blick auf mehrere gesellschaftliche Bereiche angesprochen wird: hinsichtlich der Sprache, bezogen auf räumliche Segregation und die Polizei, hinzu kämen Diskriminierungen bezüglich beruflicher Möglichkeiten: „Kein Deutscher will, dass ein Ausländer ihm Befehle gibt. Es soll alles gleich und demokratisch sein, aber die Hierarchie muss bleiben, wie sie ist. Der alman ist Richter oder Pilot. Und wir arbeiten auf dem Bau“ (ebd.).

Die Folgen für die vom Anschlag Betroffenen werden in der Berichterstattung zumindest gelegentlich in ihrer Tragweite benannt: „Die Hinterbliebenen und Angehörigen der Opfer kämpfen noch heute um Erinnerung, Aufklärung und Konsequenzen. Drei Worte fallen an diesem Abend immer wieder: ‚Kontinuität der Gewalt‘. Was sie bedeuten, weiß Gültekin heute. Denn die Gewalt endete nicht mit dem letzten Schuss am 19. Februar 2020. ‚Es gibt keinen Tag, an dem wir nicht kämpfen müssen‘, sagt Gültekin. Sein Bruder hielt die Familie zusammen, erzählt er“ (Rech 2021). Dass das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden verloren gegangen ist, wird in den Printmedien vielfach mit Äußerungen der Betroffenen belegt: „Ich habe mein Vertrauen in die Polizei komplett verloren“ bzw. „Ich habe der Polizei die Situation geschildert und mir kam es vor, als würde ich gegen eine Wand reden“ (zit. nach Kesselgruber et al. 2020) sind zwei repräsentative Beispiele (Tran 2020).

Die Forderungen der Betroffenen – „Wir fordern das Erinnern, Gerechtigkeit, Konsequenzen und Aufklärung“ – tauchen in der Berichterstattung ebenso explizit auf wie ihr selbstbewusstes Auftreten: „Wenn wir nicht laut sind und keine Fragen stellen an Bund und Land, wird es keine Antworten geben“ (zit. nach Degen-Peters 2020). Darüber hinaus finden in der Berichterstattung Forderungen aus dem Kreis der Betroffenen und ihrer Unterstützer:innen nach einem Fonds für die Opfer rechter Gewalt (Weiß 2021) sowie nach Investitionen in Bildung als wirksames Mittel gegen Rassismus ihren Niederschlag (Backhaus-Arnold 2020). Vereinzelt finden sich in der Berichterstattung auch kritische Kommentierungen, die Unverständnis über das fortgesetzte Misstrauen äußern: „Dabei würde man sich wünschen, dass der Groll irgendwann weichen wird und der Blick allein auf die Trauer gerichtet werden kann. Nicht die Stadt Hanau ist der Feind, auch nicht die Polizei. Es war ein Mann namens Tobias R., der in einem rassistisch motivierten Wahn beschlossen hat, Menschen aus Zuwandererfamilien zu töten. Wer die Schuld immer wieder bei den Kommunen und den Behörden sucht, negiert das eigentliche Problem“ (Iskandar 2024).

5.3 *Plurale Existenz in der postmigrantischen Gesellschaft?*

Die Lebbarkeit einer postmigrantischen Gesellschaft (Yildiz 2018; Fouroutan 2019) wird akademisch auch im deutschsprachigen Kontext seit Jahren interdisziplinär analysiert und begrifflich teilweise programmatisch proklamiert: So wird „Interkultur“ als gelebtes Zukunftsprogramm für eine heterogene „Parapolis“ in Deutschland (Terkessidis 2010) vorgestellt, eine „Ethik der Kohabitation“ (Butler 2012) und neue Formen von Konvivialität (Adloff/Heins 2015) diskutiert, mit Buchtiteln auf „Das neue Wir“ (Plamper 2019) verwiesen und plädiert für ein Teilen der Welt in nicht gewählter Abhängigkeit und die Anerkennung einer „Gemeinschaft der Ungewählten“ (Hark 2021). In der Medien- und Kommunikationsforschung schlagen sich solche Überlegungen zu Ethiken des Zusammenlebens im Wesentlichen in Fortführung des Entwurfs einer „MediaPolis“ von Roger Silverstone (2008) und Konturierungen einer kosmopolitischen Kommunikationswissenschaft nieder (Badr et al. 2020; Grittmann/Thomas 2017), die die Bedeutung von Medien für die Anerkennung der Andersheit der Anderen und der Diversität von Kollektiven diskutieren.

Im Rahmen unserer Studie zu einer diversitäts(un)sensiblen Presseberichterstattung über die rechtsterroristischen Morde in Hanau führt uns eine ethisch fundierte Analyse zu der Frage, inwiefern Zugehörigkeit(en) zu einem „diversen Wir“ entworfen und Diversität im Sinne Brigitte Hipfls „gemacht“ wird oder ob und wie Grenzsetzungen vorgenommen werden.

In der Berichterstattung über die Hanauer Morde finden sich zahlreiche Stimmen, die gesellschaftliche Diskurse nach Homogenisierung und Ausschluss des „Fremden“ beklagen.

Serpil Temiz Unvar wird beispielsweise über ihren ermordeten Sohn zitiert: „Ferhat hat immer wieder die Erfahrung gemacht, dass wir als Ausländer nicht akzeptiert werden. Manche Lehrer hassen ausländische Kinder. Und Kinder merken das“ (Kesselgruber et al. 2020). In dieser Perspektivierung wird auch von Çetin Gültekin, dessen Bruder zu den Getöteten zählt, auf die Gewalttat selbst Bezug genommen: „Weil wir uns hier zu Hause fühlten, obwohl wir in den Augen des Täters nicht willkommen waren“ (zit. nach Feuerbach 2024).

In Kontrast zu Beiträgen, die darauf abheben, dass die neun getöteten Menschen solche „mit ausländischen Wurzeln“ (dpa 2021) waren, werden von den Betroffenen die Zugehörigkeit und der Prozess der Beheimatung artikuliert. Der Gastronom Kadir Köse wird vorgestellt als derjenige, der „den Geist dieser Stadt verkörpert mit ihrer großen türkischen Community, mit der kulturellen Vielfalt, die hier eigentlich seit Jahrzehnten niemand mehr hinterfragt“ (Drobinski et al. 2020). Eine junge Frau wird mit dem Satz zitiert: „Wir haben das hier mit aufgebaut, das Leben hier“ (zit. nach Latkovic 2020). Menschen mit familiärer Zuwanderungsgeschichte wenden sich gegen die Markierung als „Fremde“: „Man hört immer noch das Wort ‚Fremdenfeindlichkeit‘. Wir sind keine Fremden, sondern hier geboren und wir leben hier. Dahinter steckt ein großes Nichtkennen, auch Desinteresse, dann ist es einfacher, uns als fremd zu bezeichnen“ (Bostan 2020).

Solche Erfahrungen wecken Zweifel an der Zugehörigkeit: Der Vater des getöteten Hamza Kurtović beklagte, dass zu einer polizeilichen Befragung ein Dolmetscher mitgebracht worden sei, obwohl er Deutscher sei und in Schweinfurt geboren wurde: „Das ist alles so entwürdigend. Wie soll ich da Teil dieses Landes sein?“ (zit. nach Staib/Grunert 2021). Der These, dass durch eine solche Gewalttat „alle Opfer geworden“ seien, wird medial von Betroffenen mal widersprochen, mal zugestimmt: „Die Tat sei ein barbarischer Akt und ein Angriff auf die ganze Gesellschaft, sagte ein Angehöriger. Diese müsse nun zusammenstehen“ (F.A.Z. 2020). Für Menschen mit internationaler Familiengeschichte wird der Anpassungsdruck markiert, der aus der dominanten Mehrheitsgesellschaft kommt und der in anderen Kontexten nicht relevant ist: „Durch Sedat und ihre Arbeit in der Shishabar lernte sie Menschen kennen, die sie nahmen, wie sie ist. Ohne Fragen nach ihrer Herkunft. Ohne die Anstrengung, es allen recht zu machen. Es sei nicht so gewesen, dass es ernsthafte Probleme mit den Deutschen gab. Man sei gut miteinander ausgekommen, erzählt sie. Nur eine vertraute Bindung sei nicht entstanden“ (Ağırbaş 2020).

6. Journalistische Diversitätsproduktionen: Herausforderungen einer postmigrantischen Gesellschaft

Um die Presseberichterstattung über den rechtsterroristischen Anschlag in Hanau daraufhin zu untersuchen, ob sie einer postmigrantischen Gesellschaft gerecht werden kann, haben wir Kriterien für diversitätsbewusste und -sensible Berichterstattung auf Basis vorliegender Studien und Begriffsarbeit entwickelt. Zentral erscheint uns dabei nicht die Beschreibung oder Repräsentation von Diversität, sondern Diversität zu *machen* – auf verschiedenen Ebenen: Dies kann gelingen in der Anerkennung der Kontinuitäten rechtsterroristischer und rassistischer Gewalt und der Folgen dieser politisch motivierten Taten für Betroffene; denn dies bedeutet, die Fixierung weg von den Ausgeschlossenen auf die Strukturen zu verschieben, öffentlich und gesellschaftlich in Verantwortung zu gehen. Es kann gelingen mit einer Normalisierung von Diversität, indem die Stimmen derer einbezogen werden, die von Gewalt und Ausgrenzung betroffen sind. Möglichkeiten des öffentlichen Artikulierens der Erfahrungen von Rassismus, rassistischer Gewalt und des damit verbundenen Leids heißt, das Gegenüber als konkrete:n Andere:n zu betrachten, d. h. als „leibhaftiges Individuum, das ebenso Geist wie Körper ist, der Sprache ebenso mächtig wie der Gefühle“ (Benhabib

1992: 214). Damit werden nicht nur (formale) Gerechtigkeit in Zugang und Verhandlung möglich, sondern gemeinschaftliche und bedürfnisorientierte Aspekte wie Mitgefühl, Anteilnahme und Solidarität.

In der Berichterstattung über die Morde in Hanau sprechen die rassifzierten Betroffenen als Zeitzeug:innen, Expert:innen und Kritiker:innen. Sie verdeutlichen, wie institutionell und strukturell verankerter Rassismus ihre alltäglichen Erfahrungen etwa in der Schule oder auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt prägen. Sie benennen dabei nicht nur ihr Leid, sondern fordern eine Gesellschaft ein, in der alle miteinander und füreinander dafür eintreten, als gleichberechtigte Mitglieder eines diversen Kollektivs anerkannt zu werden. Diversität zu *machen*, geht somit vorrangig von rassifzierten Betroffenen aus: Sie praktizieren ein „Geltendmachen pluraler Existenz“, durch das Erfahrungen migrantisch situierten Lebens zum Teil des kollektiven Gedächtnisses in der Bundesrepublik gemacht werden können und – wie Michael Rothberg und Yasemin Yiliz (2011) es nennen – ein *memory citizenship* eingefordert wird. Solche Praktiken des Erinnerns als *acts of citizenship* können helfen, Fragen von Zugehörigkeit jenseits nationaler Vorstellungen zu entwerfen, um einer postmigrantischen Gesellschaft gerecht zu werden: „When performances of memory become acts of citizenship they model new ways of being-in-common that complicate established understandings of what constitutes ‘thick’ and ‘thin’ forms of belonging“ (ebd.: 34).

Die Auswertung der Berichterstattung über die rechtsterroristischen Morde in Hanau zeigt, dass es – jenseits der vielfach negativ geprägten Berichterstattung über Migration und Asyl – zumindest anlassbezogen Ansätze dafür gibt, Rassismus zunehmend zu benennen und ihn zudem in seiner Einbettung in gesellschaftliche Strukturen zu thematisieren. Die Erfahrungen und Forderungen der Betroffenen werden sichtbar(er) gemacht. Im Entwerfen eines diversen „being-in-common“ scheint es auf der Seite der von Gewalt und Leid Betroffenen eine größere Selbstverständlichkeit zu geben – auch wenn diese immer wieder gewaltsam in Frage gestellt wird. Vertreter:innen der Dominanzgesellschaft rufen Diversität eher problematisierend auf. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen wird weiter zu beobachten sein, welche Grenzziehungsprozesse auch journalistisch zukünftig (re-)artikulierte werden und welche Stimmen und Erfahrungen Einbezug fordern und erreichen können.

Literatur

- Adloff, F./Heins, V. M. (2015). *Konvivialismus. Eine Debatte*. Bielefeld: transcript.
- Ahmed, S. (2012). *On Being Included: Racism and Diversity in Institutional Life*. Duke University Press.
- Auma, A. [WissenAusBerlin] (2021, November 4). Inaugural Lecture: Intersectional Realities and Intersectional Diversity Studies in the 21st Century [Video]. <https://www.youtube.com/watch?v=2Hr-C5riMknw> [31.07.2025].
- Ayata, Bilgin (2021). Heimat oder Rassismus? Affektive Verhandlungen von Zugehörigkeit und Vielfalt nach der NSU-Mordserie. In: H. Dilger/M. Warstat, *Umkämpfte Vielfalt. Affektive Dynamiken institutioneller Diversifizierung*. Frankfurt/New York: Campus, 49–65.
- Baden, C./Springer, N. (2017). Conceptualizing Viewpoint Diversity. In: *Journalism*, 18(2), 176–194.
- Badr, H./Behmer, M./Fengler, S. (2020). Kosmopolitische Kommunikationswissenschaft: Plädoyer für eine „tiefe Internationalisierung“ des Fachs in Deutschland. Ein wissenschaftspolitisches Positionspapier. In: *Publizistik* 65(3), 295–303.
- Benhabib, S. (1992). *Kritik, Norm und Utopie. Die normativen Grundlagen der Kritischen Theorie*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Bozay, K./Güner, S./Mangitay, O./Göçer, F. (Hg.) (2021). *Damit wir atmen können: Migrantische Stimmen zu Rassismus, rassistischer Gewalt und Gegenwehr*. Köln: PapyRossa.

- Butler, J. (2012). Gefährdetes Leben, Verletzbarkeit und die Ethik der Kohabitation. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 60(5), 691–704.
- Butler, J. (2016). *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung*. Berlin: Suhrkamp.
- Castro Varela, M./Mecheril, P. (2010). Grenze und Bewegung. Migrationswissenschaftliche Klärungen. In: P. Mecheril/M. Castro Varela/İ. Dirim/A. Kalpaka/C. Melter (Hg.), *Migrationspädagogik*. Weinheim und Basel: Beltz Verlag, 23–53.
- Demirtaş, B./Gür-Şeker, D./Schmitz, A. (Hg.) (2023). *30 Jahre nach dem Solinger Brandanschlag. Narben des Rassismus und extrem rechter Gewalt*. Bielefeld: transcript.
- Dilger, H./Warstat, M. (2021). *Umkämpfte Vielfalt. Affektive Dynamiken institutioneller Diversifizierung*. Frankfurt/New York: Campus.
- Esser, F./Scheufele, B./Brosius, H.-B. (2002). *Fremdenfeindlichkeit als Medienthema und Medienwirkung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Foroutan, N. (2019). *Die Post-Migrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie*. Bielefeld: transcript.
- Fraser, N. (1997). From Redistribution to Recognition? Dilemmas of Justice in a 'Post Socialist' Age. In: *New Left Review*, 212(1), 68–93.
- Geißler, R./Pöttker, H. (2001). Mediale Integration von ethnischen Minderheiten. In: *Kulturwissenschaftliches Forschungs-Kolleg „Medienumbrüche“*. Siegen: Univ. Siegen, 141–165.
- Gerges, M. (2023). *Against Representation without Transformation*. <https://www.earlymagazine.com/articles/against-representation-without-transformation> [31.07.2025].
- Grabenheinrich, M. (2023). *Journalismus und Diversity. Umgang mit kultureller Diversität in der journalistischen Praxis und Konsequenzen für die Aus- und Fortbildung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Grittmann, E./Thomas, T. (2017). Visibility, Participation, and Encounter in Cosmopolitan Online Communication. Rethinking Cultural Citizenship in Post-Migrant Societies. In: J. Wimmer/C. Wallner/R. Winter/K. Oelsner (eds.), *(Mis-)Understanding Political Participation. Digital Practices, New Forms of Participation and the Renewal of Democracy*. Routledge, 213–239.
- Gültekin, Ç./Koçak, M. (2024). *Geboren, aufgewachsen und ermordet in Deutschland: Das zu kurze Leben meines Bruders Gökhan Gültekin und der Anschlag von Hanau*. London: Penguin Random House.
- Hark, S. (2021). *Gemeinschaft der Ungewählten. Umriss eines politischen Ethos der Kohabitation*. Berlin: Suhrkamp.
- Haruna-Oelker, H. (2023). Wer macht Medien? Diversität als Herausforderung und Anspruch. In: J. LeGrand/B. Linden/H. Arlt (Hg.), *Welche Öffentlichkeit brauchen wir? Zukunft des Journalismus und demokratischer Medien*. Frankfurt: Otto Brenner, S. 45–46.
- Hashemi, S. E. (2024). *Der Tag, an dem ich sterben sollte: Wie der Terror in Hanau mein Leben für immer verändert hat*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Hauck, S. G./Paasch-Colberg, S./Pöggel, T. J. (2024). *Zwischen Anerkennung und Abwehr: (De-)Thematisierungen von Rassismus in Medien, Recht und Beratung*. NaDiRa-Fokusbericht 2|24. Berlin: DeZIM.
- Heinrich, G./Jünger, D./Plessow, O./Sylla, C. (2024) (Hg.). *Kulturen des Verdrängens und Erinnerns. Perspektiven auf die rassistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992*. Berlin: Neofelis.
- Hipfl, B. (2023). Doing Diversity of, in and with Media – Challenges and Potentials. In: *Global Media Journal – German Edition*, 13(1). <https://doi.org/10.22032/dbt.57975>
- Kaltenbrunner, A./Lugschitz, R. (2021). *Diversität und Journalismus. Die Bedeutung von Pluralität in den Medien. Internationale Forschungsansätze und Analysen zur Situation in Österreich*. Wien: Medienhaus Wien.
- Karakurt, H. (2023). Widerständigkeiten in Form und Inhalt. Lutfiye Güzels Lyrik postmigrantisch gelesen. In: J. Schmidt/J. Thiemann (Hg.), *Kleine Formen – widerständige Formen? Postmigration in-termedial*. Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 51–72.
- Keller, R. (2018). Wissenssoziologische Diskursanalyse als interpretative Analytik. In: R. Keller/A. Hirsland/W. Schneider/W. Viehöver (Hg.), *Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit. Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung*. Köln: Herbert von Harlem Verlag, S. 49–76.
- Lorenz, M.N./Thomas, T./Virchow, F. (Hg.) (2021). *Rechte Gewalt erzählen. Doing Memory in Literature, Theater und Film (=LiLi: Studien zur Literaturwissenschaft und Linguistik, Bd. 1)*. Stuttgart/Weimar: J.B. Metzler.

- Lück, J./ Schulz, T./ Simon, F./ Borchardt, A./ Kieslich, S. (2022). Diversity in British, Swedish, and German Newsrooms: Problem Awareness, Measures, and Achievements. In: *Journalism Practice*, 16(4), S. 561–581.
- Lünenborg, M./Medeiros, D. (2021). Redaktionen dekolonisieren! Journalismus für die Einwanderungsgesellschaft. In: H. Dilger/M. Warstat (Hg.), *Umkämpfte Vielfalt. Affektive Dynamiken institutioneller Diversifizierung*. Frankfurt/New York: Campus: S. 95–115.
- Lünenborg, M./Fritsche, K./Bach, A. (2011). *Migrantinnen in den Medien. Darstellungen in der Presse und ihre Rezeption*. Bielefeld: transcript.
- Ludwig, K./Chan, C./Freudenthaler, R./Müller, P./Wessler, H. (2024). Differenzieller Rassismus in den Nachrichten: Implizite und explizite Stigmatisierungen. In: C. Nuernbergk/N. F. Schumacher/J. Haßler/J. Schützeneder (Hg.), *Politischer Journalismus: Konstellationen, Muster, Dynamiken*. Baden-Baden: Nomos, S. 113–130.
- Mathwig, I. (2020). Nach Hanau: was Medien besser machen sollten. ZAPP vom 26.02.2020: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Nach-Hanau-Was-Medien-besser-machen-sollten,hanau138.html> [31.07.2025].
- Medeiros, D./Lünenborg, M. (2023). Weiß, männlich, bürgerlich – der lange Weg zur Diversität im Journalismus. In: M. Funder/J. Gruhlich/N. Hossain (Hg.), *Diversitäts- und Organisationsforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis*. Baden-Baden: Nomos, S. 369–390.
- Muschiol, D. (2024). *Einzeltäter? Rechtsterroristische Akteure in der Bundesrepublik*. Göttingen: Wallstein.
- Plamper, J. (2019). *Das Neue Wir. Warum Migration dazugehört: Eine andere Geschichte der Deutschen*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Puls, H./Virchow, F. (2023). *Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik. Historische und sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.
- Reimann, S./Virchow, F. (2025). „Und damit kam die Angst ...“. *Der rechtsterroristische Anschlag am Düsseldorfster Wehrhahn am 27. Juli 2000*. Berlin: Metropolis.
- Riede, H. (2023). Diversität als demokratische Intervention. Die Vermittlung von Vielfalt und egalitärer Teilhabe und ihre Kritik. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 2023(33), S. 417–445.
- Rink, M./Usifo, S. (2023). *People of Deutschland: 45 Menschen, 45 Geschichten. Über Rassismus im Alltag und wie wir unser Land verändern wollen*. Hamburg: Eden Books.
- Rothberg, M./Yildiz, Y. (2011). *Memory Citizenship: Migrant Archives of Holocaust Remembrance in Contemporary Germany*. In: *Parallax*, 17(4), 32–48.
- Saadi, L. (2023). Verhandlungen von (Anti-)Rassismen und widerständigen Leben. Postmigrantische Podcasts als transformatives Archiv. In: J. Schmidt/J. Thiemann (Hg.), *Kleine Formen – widerständige Formen? Postmigration intermedial*. Würzburg: Königshausen & Neumann, 93–104.
- Sarrazin, T. (2010). *Deutschland schafft sich ab*. München: DVA.
- Scheffer, B. (Hg.) (1997). *Medien und Fremdenfeindlichkeit*. Opladen: Leske+Budrich.
- Schmidt, J. et al. (2023). „Umschreibungs- und Verständigungsformel, Reizvokabel und Plastikwort“. Diskussion des Begriffs „Postmigration“. In: J. Schmidt/J. Thiemann (Hg.), *Kleine Formen – widerständige Formen? Postmigration intermedial*. Würzburg: Königshausen & Neumann, 13–31.
- Schwarz, C. (2019). Die Angst vor dem Wort „Rassismus“. In: *die tageszeitung* vom 23.07.2019. <https://taz.de/Fremdenfeindlichkeit-in-den-Medien/!5613032/> [31.07.2025].
- Silverstone, R. (2008). *MediaPolis. Zur Moral der Massenmedien*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Şirin, A. (2024). *Erinnern heißt Kämpfen*. Münster: Unrast.
- Terkessidis, M. (2010). *Interkultur*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Thomas, T. (2025). Zukunft im Erinnern. Erinnern in digitalen Öffentlichkeiten für eine postmigrantische Gesellschaft. In: A. Hepp/S. Kannengießer/M. Pfadenhauer/J. Wimmer (Hg.), *Zukunft der Medien – Medien der Zukunft*. Wiesbaden: VS, 255–272.
- Thomas, T./Virchow, F. (2024). Rechte Gewalt in Rostock-Lichtenhagen: Zu den Gelingensbedingungen einer anerkennenden Erinnerungskultur. In: G. Heinrich/D. Jünger/O. Plessow/C. Sylla (Hg.), *Kulturen des Verdrängens und des Erinnerns. Perspektiven auf die rassistische Gewalt in Rostock-Lichtenhagen 1992*. Berlin: Neofelis, 63–75.
- Vassiliou-Enz, K./Holz, C./Boychev, H./Neumüller, M./Neue deutsche Medienmacher*innen (Hg.) (2020). *Viel Wille, kein Weg. Diversity im deutschen Journalismus*. <https://neuemedienmacher.de/po-sitionen/beitrag/diversity-im-journalismus-bericht/> [31.07.2025].

- Virchow, F./Thomas, T./Grittmann, E. (2015). „Das Unwort erklärt die Untat“. *Die Berichterstattung über die NSU-Morde – eine Medienkritik*. OBS-Arbeitsheft Nr. 97. Frankfurt/Main: Otto Brenner Stiftung.
- Weiß, A.-N. (2022). Journalismus – Rassismus – Diversität. Repräsentation von People of Color und Diversität als Perspektive im Deutschen Journalismus. In: K. Demmler/B. Schorb/JFF Institut für Medienpädagogik (Hg.), *Medien, Pädagogik und Rassismus. Kritik. Impulse einer Auseinandersetzung*, *merz. Medien + Erziehung* 66(5), 44–51.
- Yildiz, E. (2018). Vom methodologischen Nationalismus zu postmigrantischen Visionen. In: M. Hill/E. Yildiz (Hg.), *Postmigrantische Visionen. Erfahrungen – Ideen – Reflexionen*. Bielefeld: transcript: 43–62.

Quellen

- Ağırbaş, F. (2020). Ein Text gegen das Vergessen. In: *Zeit Online* vom 26.05.2020.
- Aschenbrenner, S. (2020a). Was das rechtsextreme Oktoberfestattentat für heute bedeutet. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 26.09.2020.
- Aschenbrenner, S. (2020b). „Es hat nicht mit Hanau angefangen und es wird nicht mit Hanau aufhören“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 19.08.2020.
- Backhaus-Arnold (2020). Gesicht zeigen für die SPD: Abdullah Unvar will in den Bundestag – 19. Februar als Schlüsselerlebnis. In: *Hanauer Anzeiger* vom 12.10.2020.
- Backhaus-Arnold, Y./Degen-Peters, J. (2020). Gedenkfeier: Hunderte Menschen spenden den Angehörigen Trost. In: *Hanauer Anzeiger* vom 02.03.2020.
- Behroz, K. (2020). „Pass auf Dich auf“, sagt meine Mutter. In: *Zeit Online* vom 26.02.2020.
- Bender, J. (2020). Der Plan. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23.02.2020.
- Bernstein, Martin (2021). Auffällige Parallelen. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 16.02.2021.
- Bogner, M. (2021). Viele ungeklärte Fragen. In: *Zeit Online* vom 18.02.2021.
- Bostan, A. (2020). Ich bin vorsichtig. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 22.02.2020.
- bub./elo./Her./mic./moja (2020). Entsetzen nach Massenmord von Hanau. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.02.2020.
- Bubrowski, H./Lohse, E. (2020). Eine neue Dimension der Erschütterung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.02.2020.
- Bullion, C. v. (2020a). Heillos unterschätzt. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 28.05.2020.
- Degen-Peters, J. (2020). Ein halbes Jahr nach dem 19. Februar wird beim Gedenken ein neues Banner am Rathaus gehisst. In: *Hanauer Anzeiger* vom 20.08.2020.
- Dorn, J. (2021). Anschlag in Hanau: Aachener Friedenspreis geht an zwei Initiativen von Angehörigen. In: *Hanauer Anzeiger* vom 21.09.2021.
- dpa (2020a). Meuthen wollte AfD-Brief zu Hanau abschwächen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28.02.2020.
- dpa (2020b). Hanauer OB hält Konsequenzen aus Anschlag für „unzureichend“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.05.2020.
- dpa/EPD (2020). Klingbeil fordert Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.02.2020.
- dpa (2021). Angehörige der Opfer von Hanau wollen mehr als „warme Worte“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 17.03.2021.
- Drobinski, M. (2021a). Wir wollen wissen, was passiert ist. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 12.02.2021.
- Drobinski, M. (2021b). In allen Grenzen, aber mit aller Kraft. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 19.02.2021.
- Drobinski, M./Flade, F./Munzinger, H./Mascolo, G./Willmroth, J. (2020). Nacht über Deutschland. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 21.02.2020.
- Dudziak, J. (2021a). Sie klagen an. In: *Zeit-Magazin* 5/2021 vom 29.01.2021.
- Dudziak, J. (2021b). Es ist nicht vorbei. In: *Zeit-Magazin* vom 27.01.2021.
- Emcke, C. (2020). Es reicht. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 03.07.2020.
- Endres, A. (2020). „Der Anschlag von Hanau überrascht uns nicht“. In: *Zeit Online* vom 20.02.2020.
- F.A.Z. (2020). Ein Zeichen gegen den barbarischen Akt. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24.02.2020.
- Feuerbach, L. (2024). Dem Tod einen Sinn geben. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18.02.2024.

- Hetrodt, E./Rösmann, T. (2020). „Sisha-Bars sind Orte, die missfallen“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.02.2020.
- Iskandar, K. (2024). Trauer und Misstrauen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19.02.2024.
- Jakob, J. (2020). Angehörige der Hanauer Terroropfer wollten sich bei Demo gegen Rassismus stark machen. In: *Hanauer Anzeiger* vom 22.08.2020.
- Jürgs, A. (2022). Menschen, nicht bloß Opfer. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18.02.2022.
- Kazim, H. (2021). Außen vor. In: *Zeit Online* vom 19.02.2021.
- Kesselgruber, K./Jakob, J./Geperth, J. M. (2020). Kundgebung in Hanau: Überlebender erhebt schwere Vorwürfe gegen die Polizei. In: *Hanauer Anzeiger* vom 22.08.2020.
- Kna/dpa/lion (2021). „Glauben an den besseren Geist“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 20.02.2021.
- Krohn, P. (2020). Innehalten nach einem unfassbaren Anschlag. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.02.2020.
- Latkovic, M. (2020). „Die Vorstellung, für Migranten und ihre Nachfahren könnte etwas vorangehen, wenn die an der Macht uns ‚andere‘ fördern, ist hübsch, aber sinnlos“. In: *Zeit Online* vom 05.03.2020.
- Ilesa (2020). #SayTheirNames: Warum so viele die Namen der Opfer von Hanau teilen. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 22.02.2020.
- Lohse, E. (2020). Rassistischer Terror von Hanau kam „nicht aus heiterem Himmel“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 23.09.2020.
- Lüdemann, D. (2020). „Man kann psychisch krank und rechtsextrem sein“. In: *Zeit Online* vom 22.02.2020.
- Niewel, G. (2024). Der Überlebende. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 16.02.2024.
- okü./mic./dpa (2020). Innenminister gehen von rechtsradikalem Hintergrund aus. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19.02.2020.
- Ramelsberger, A. (2020). „Wegschauen ist nicht mehr erlaubt“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 28.09.2020.
- Rech, D. (2021). „Es gibt keinen Tag, an dem wir nicht kämpfen müssen“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28.01.2021.
- Richters, M. (2021). Anschlag in Hanau: Auffällige Parallelen zum Attentat in München. In: *Hanauer Anzeiger* vom 19.02.2021.
- Rühle, A./Manthe, B. (2020). Sie sind wieder da. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 28.02.2020.
- Schiefenhövel, J. (2020). Hinterbliebene wünschen Anerkennung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.08.2020.
- Soliman, C. (2024). „Ein stilles Gedenken, was soll das sein?!“ In: *Süddeutsche Zeitung/JETZT* vom 17.02.2024.
- Staub, J./Grunert, M. (2021). Die Wut bleibt, das Misstrauen wächst. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18.02.2021.
- SZ/infu/dac/moe (2022). LKA überprüft Schlagstock-Einsatz der Münchner Polizei. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 23.02.2022.
- Tran, Minh Thu (2020). Warum ich mich nicht mehr sicher fühle in Deutschland. In: *SZ-Magazin* vom 22.02.2020.
- Vooren, C. (2020a). Hetze, Hass und Gewalt gegen Kinder. In: *Zeit Online* vom 29.05.2020.
- Vooren, C. (2020b). Der Widerstand beginnt im Privaten. In: *Zeit Online* vom 29.05.2020.
- Vooren, C. (2020c). Es reicht nicht, ins Feuer zu spucken. In: *Zeit Online* vom 21.02.2020.
- Vooren, C. (2021a). Problemfall Hessen. In: *Zeit Online* vom 17.06.2021.
- Vooren, C. (2021b). Jetzt sprechen die Angehörigen. In: *Zeit Online* vom 03.12.2021.
- Weiß, T. (2021). Erinnern allein reicht nicht. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 24.03.2021.
- Wetzel, I. (2021). Anschlag in Hanau: Gedenkfeier wird im Live-Stream übertragen – Merkel: „Rassismus ist ein Gift“. In: *Hanauer Anzeiger* vom 15.02.2021.

